



## Niederschrift 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 19.05.2016  
**Sitzungsbeginn:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:01 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 107, Hegelallee , Haus 9

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE

#### Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg DIE LINKE

Herr Pete Heuer SPD

Herr David Kolesnyk SPD

Herr Norbert Mensch CDU/ANW

Frau Janny Armbruster Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lothar Wilhelm Wellmann AfD

Vertretung für: Frau Dr. Carmen Klockow Bürgerbündnis-FDP

#### zusätzliches Mitglied

Frau Christine Anlauff DIE aNDERE

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer DIE LINKE

Herr Hans-Wilhelm Dünn CDU/ANW

#### sachkundige Einwohner

Frau Marta Balzer DIE LINKE

Herr Oud Joffe Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler

Herr Aaron Kimmig AfD

Frau Anna Lüdcke CDU/ANW

Herr Frank Reich SPD

Herr Prof. Dr. Hermann Voesgen Bündnis90/Die  
Grünen  
Frau Kerstin Walter SPD

Frau Dr. Iris Jana Magdowski Beigeordnete  
Geschäftsbereich 2

**Nicht anwesend sind:**

**Ausschussmitglieder**

Frau Dr. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

**stellv. Ausschussmitglieder**

Frau Irene Kamenz BVB/FREIE WÄHLER/FAMILIE entschuldigt

**sachkundige Einwohner**

Frau Ute Grimm DIE aNDERE entschuldigt  
Frau Carla Villwock DIE LINKE entschuldigt  
Herr Christian Wendland Bürgerbündnis-FDP nicht entschuldigt

**Schriftführer/in:**

Frau Bettina Schmidt

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.04.2016 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Straßenbenennung im Ortsteil Satzkorn in 14476 Potsdam  
hier: Privatstraße im Bereich zwischen "Straße des Friedens" und "Straße zum  
Bahnhof"
- 4 Straßenbenennung im Ortsteil Golm in 14476 Potsdam  
hier: Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark"
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 5.1 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West  
Vorlage: 15/SVV/0891  
Fraktion DIE LINKE  
FA, HA
- 5.2 Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung  
Vorlage: 16/SVV/0126  
Fraktion DIE LINKE  
B/Sp., SBV, HA
- 5.3 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" , Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes für die Blöcke III und IV  
Vorlage: 16/SVV/0269  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
B/Sp., FA, GSI, JHA, SBV, HA
- 5.4 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 16/SVV/0275  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation  
+ alle Fachausschüsse und Ortsbeiräte
- 5.5 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 16/SVV/0296  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
+ alle Fachausschüsse und Ortsbeiräte
- 6 Mitteilung der Verwaltung
- 6.1 Sachstand: Verwendung der Gelder aus der Auflösung der Arbeiterstiftung Kurt Burde II
- 7 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.04.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Niederschrift der Sitzung vom 21.04.2016 wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 4/0/2  
Der Ausschuss stimmt der Niederschrift zu.

Frau Dr. Schröter informiert den Ausschuss, dass der Tagesordnungspunkt 5.5 auf September vertagt wird.

**zu 3      Straßenbenennung im Ortsteil Satzkorn in 14476 Potsdam  
hier: Privatstraße im Bereich zwischen "Straße des Friedens" und "Straße  
zum Bahnhof"**

Herr Dr. Arlt erörtert den Antrag und empfiehlt die Umbenennung in „Lilienweg“.

Frau Armbruster erkundigt sich nach der Vorschlagsliste für Straßennamen, die der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft erarbeitet hat. Herr Kolesnyk ist der Meinung, dass die Liste mit vorgeschlagenen Straßennamen der Verwaltung bereits bekannt sein müsste.

Herr Mensch bekräftigt die Anfrage von Frau Armbruster.

Frau Dr. Magdowski erörtert, dass bei der Benennung von Straßen zwischen Privatstraßen und öffentlichen Straßen unterschieden werden muss. Bei Privatstraßen hat der Bauträger Vorrecht. Es wäre aber sinnvoll, Herrn Goetzmann auf die Empfehlungsliste des Ausschusses hinzuweisen.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung und bittet um Klärung, inwieweit die Liste verbindlich zu nutzen ist.

**Abstimmungsergebnis: 6/1/0  
Der Ausschuss stimmt dem Antrag auf Straßenbenennung zu.**

**zu 4      Straßenbenennung im Ortsteil Golm in 14476 Potsdam  
hier: Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark"**

Herr Dr. Arlt erörtert den Antrag und empfiehlt die Umbenennung in „Zaunkönigweg“.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: 6/1/0**

**Der Ausschuss stimmt dem Antrag auf Straßenbenennung zu.**

## **zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 5.1 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West**

**Vorlage: 15/SVV/0891**

Fraktion DIE LINKE

FA, HA

Frau Dr. Schröter beantragt Rederecht für Herr Zeller.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag zu.

Herr Zeller informiert die Ausschussmitglieder, dass die Präsentation der letzten Sitzung vom 21.04.2016 am 19.05.2016 eingereicht wurde und legt dar, dass das Gelände nun seit dem 16.05.2015 genutzt wird und es eine rege Beteiligung der Nachbarschaft gibt. Seit 2010 erhält der Verein eine Grundförderung in Höhe von 57.000 € jährlich und seit 2016 werden zusätzliche 50.000 € jährlich bereitgestellt. Die Sanierung wird ca. 2 Mio. Euro kosten und ist nicht vollständig aus den Förderbeträgen zu finanzieren, daher soll der Rest durch ein Darlehen beglichen werden. Alle öffentlichen Mittel senken langfristig die Kosten der Nutzung.

Frau Dr. Schröter legt dar, dass ein Änderungsantrag der Linken erfolgen sollte. Herr Heuer bringt folgende neue Fassung ein:

***Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem Ziel der weiteren Entwicklung der Scholle 34 (Stopp des weiteren Verfall und Wiedernutzbarmachung der Immobilie der früheren Gaststätte „Charlottenhof“ in der Geschwister-Scholl-Straße 34) zu einem öffentlich genutzten Nachbarschafts- und Begegnungshaus mit Familienzentrum. Sie begrüßt die Arbeit des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West und unterstützt es bei seinem weiteren Vorgehen.***

Vorbereitende Arbeiten wie der Bauplan und ein Träger- und Finanzkonzept sind durch das Zentrum selbst zu erbringen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nur eine Unterstützung möglich.

Frau Dr. Schröter betont, dass der Antrag mit allen Schritten, die danach kommen, gekoppelt werden muss und plädiert dafür, beides miteinander zu verbinden.

Herr Dr. Scharfenberg bemerkt, dass die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt in die Verantwortung zu bringen ist, da sich die Abstimmungen sonst auf der Stelle

bewegen.

Herr Kolesnyk erwidert, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung getroffen werden kann, da die entsprechenden Unterlagen noch nicht vorliegen.

Auf Nachfrage von Herr Reich erläutert Herr Zeller, dass bis Ende 2016 weitere Unterlagen wie die Bauanalyse, das Träger- und Finanzkonzept sowie die verbindliche Zusage der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten erarbeitet werden sollen. Der Zeitplan hängt jedoch von vielen Faktoren ab.

Frau Anlauff erfragt, was der genaue Planungsstand ist und was seitens des Vereins benötigt wird.

Frau Dr. Schröter weist darauf hin, dass der Sachstand bereits in der ersten Lesung am 21.04.2016 erörtert wurde.

Frau Armbruster betont, dass eine Unterstützung des Projektes und der Initiatoren wünschenswert ist, aber weitere Angaben für einen Beschluss nötig sind. Sie bewertet den Änderungsantrag als sehr hilfreich und schlägt eine Abstimmung darüber vor.

Hr. Dr. Scharfenberg lobt das ehrenamtliche Engagement der Mitarbeiter des Stadtteilnetzwerkes und betont, dass eine gemeinsame Problemanalyse erforderlich ist.

Frau Dr. Magdowski führt aus, dass das Konzept zur Förderung von Bürgerhäusern vorsieht, dass bereits bestehende Einrichtungen gefördert werden und bittet Herr Dr. Scharfenberg um eine Benennung der konkreten Kompetenzen, die aus seiner Sicht nötig sind. Vorgänge wie Bauplanungen können nicht durch den GB 2 bearbeitet werden.

Herr Dr. Scharfenberg antwortet, dass eine detaillierte Erörterung der Maßnahmen nicht möglich ist.

Frau Dr. Schröter stellt die neue Fassung zur Abstimmung.

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

***Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem Ziel der weiteren Entwicklung der Scholle 34 (Stopp des weiteren Verfall und Wiedernutzbarmachung der Immobilie der früheren Gaststätte „Charlottenhof“ in der Geschwister-Scholl-Straße 34) zu einem öffentlich genutzten Nachbarschafts- und Begegnungshauses mit Familienzentrum. Sie begrüßt die Arbeit des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West und unterstützt es bei seinem weiteren Vorgehen.***

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung der Vorlage in der neuen Fassung zuzustimmen.

## zu 5.2 **Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung**

**Vorlage: 16/SVV/0126**

Fraktion DIE LINKE

B/Sp., SBV, HA

Herr Weise berichtet, dass es keine neuen belastbaren Aussagen zum Sachverhalt gibt. Es ist weiterhin geplant, bis Sommer einer Vorlage zu erarbeiten.

Frau Armbruster merkt an, dass geprüft werden sollte, inwieweit eine Mischnutzungsform möglich ist.

Herr Weise gibt an, dass es keine neuen Erkenntnisse gibt.

Herr Dr. Scharfenberg bemerkt, dass er darum gebeten hatte, die Abstimmungen mit dem Land schriftlich aufzuzeigen. Es sollte dargestellt werden, mit welchem Nachdruck die Gespräche geführt wurden. Er bezweifelt, dass mit Zuspitzung ein städtisches Interesse an dieser Lösung vermittelt wurde.

Herr Weise antwortet, dass er bereits in der letzten Sitzung detailliert erörtert hat, welche Schritte stattgefunden haben. Die Genese der Abstimmungen wird Bestandteil der Vorlage sein.

Herr Mensch erbittet Informationen darüber, welche konkreten Versuche es seitens der Verwaltung gab, eine Mischnutzung umzusetzen.

Herr Weise antwortet, dass diese Nutzungsform bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg und beim Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) angefragt wurden. Das MIL hat signalisiert, dass es hierfür von dort aus keine Förderung gibt. Die ILB hat zum Ausdruck gebracht, dass die Förderung GA-Infrastruktur (mit Ausnahme der Sanierungskosten) für einen Weiterbetrieb einer touristischen Nutzung bzw. parallel dazu eine energetische Förderung nach RenPlus für die Sanierung grundsätzlich in Betracht kämen. Zwingend notwendig sei dafür ein tragfähiges Nutzungskonzept. Bei näherer Prüfung ist jedoch nach derzeitigem Erkenntnisstand eine Mischnutzung in der Biosphärenhalle aller Voraussicht nach wirtschaftlich für die Stadt nicht realistisch umsetzbar.

Frau Armbruster beantragt die Abstimmung der Vorlage.

Herr Dr. Scharfenberg spricht dagegen und beantragt die Vorlage zurückzustellen.

Frau Dr. Schröter stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig angenommen**

**Die Vorlage wird zurückgestellt.**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, parallel zur Prüfung einer Schulnutzung ein neues zukunftsfähiges Nutzungskonzept zum dauerhaften Weiterbetrieb der Biosphäre Potsdam als touristische und bildungspolitische Einrichtung zu prüfen. Dabei ist ein modulares Konzept zu entwickeln, bei dem der Kern der Biosphäre aufgewertet und mit seinem touristischen und bildungspolitischen Angebot erhalten wird.

Es sind neue Ansätze zur Finanzierung des Zuschussbedarfes unter Einbeziehung von Förder- und Nutzungsmöglichkeiten des Landes Brandenburg und durch sinnvolle ergänzende kommerzielle Nutzungen zu prüfen. Dazu ist das Land zu konsultieren.

Es sind Synergien durch Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen anzustreben.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung bis September 2016 vorzustellen.

### **zu 5.3 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" , Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes für die Blöcke III und IV**

**Vorlage: 16/SVV/0269**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

B/Sp., FA, GSI, JHA, SBV, HA

Herr Lehmann stellt die Beschlussvorlage im Rahmen einer Power-Point Präsentation vor. Herr Nicke nimmt ergänzende Anmerkungen zu den konkreten Verfahrensschritten vor.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass sich nun die Frage nach neuen Nutzungsmöglichkeiten für Kultur und Wissenschaft stellt, da eher eine private Nutzung geplant ist.

Herr Nicke erwidert, dass das Gebäude der Fachhochschule Potsdam (FHP) bei der Planung nicht mehr vorgesehen ist. Es gibt daher entsprechende Ersatzbauten am Standort der FHS in der Pappelallee. Der Erhalt des Gebäudes ist nicht wünschenswert bzw. aufgrund bautechnischer Probleme nicht realisierbar. Ob in die neu zu errichtenden Gebäude kulturelle oder wissenschaftliche Nutzer einziehen werden, hängt von den künftigen Investoren ab, auch eine halböffentliche Nutzung ist nicht ausgeschlossen.

Herr Heuer wirft ein, dass es in der Innenstadt bereits eine hohe kulturelle Dichte gibt, bei der das Angebot teilweise die Nachfrage übersteigt.

Herr Kolesnyk führt aus, dass auch das Thema „studentisches Wohnen“ bei der Planung der Innenstadt berücksichtigt werden muss.

Herr Prof. Voegen erläutert, dass die entscheidende Frage bei der kulturellen Nutzung der Bedarf an kulturellen öffentlichen Einrichtungen ist. Es gibt in Potsdam zu wenig Raum in öffentlicher Verantwortung, dessen Nutzung noch nicht definiert ist. Diese Funktion als Möglichkeitsraum nahm das alte Rathaus wahr und wird derzeit teilweise von der FHP wahrgenommen. Die Wissenschaftsetage ist daher nicht ausreichend für den Standort.

Frau Dr. Schröter unterstützt die Aussage von Herrn Prof. Voegen in Bezug auf den Bedarf an öffentlichem Raum.

Frau Anlauff stellt die Frage, ob eine Verwaltung des Geländes durch die ProPotsdam möglich ist und dadurch ein Verkauf ausgeschlossen werden könnte.

Herr Lehmann antwortet auf Herrn Prof. Voegens Ausführungen, dass eine Flächenreservierung für undefinierte Räume in dieser Form nicht möglich ist. Auf Frau Anlauffs Frage gibt er zur Kenntnis, dass die Mittel des Treuhandvermögens an die Sanierungsziele gebunden sind und die damit erworbenen Grundstücke nicht wie andere kommunale Immobilien verwendbar sind.

Herr Joffe kritisiert, dass hohe Mietpreise niederschwellige Angebote ausschließen werden, wenn keine klare politische Entscheidung dagegen getroffen wird.

Herr Mensch stellt die Frage, ob es ein Centermanagement geben wird, da viele Räumlichkeiten in den unteren Passagen hauptsächlich für Geschäfte vorgesehen sind.

Herr Nicke antwortet, dass für ein Centermanagement die Rechtsgrundlage fehlt, da es insgesamt 17 Eigentümer geben und jede Parzelle einzeln ausgeschrieben wird, die Stadt schließt dabei die Kaufverträge ab.

Herr Kimmig schlägt die Förderung eines Innovationszentrums am Standort vor.

Frau Dr. Seemann führt in Bezug auf Herrn Heuers Anmerkungen aus, dass die kulturellen Einrichtungen der Stadt besser vernetzt werden müssen. Es ist auch eine Diskussion darüber nötig, wie öffentliche und produktive Räume in Potsdam erschlossen werden können. Kunst im öffentlichen Raum trägt schon jetzt zur Belebung der Stadt bei.

Herr Wellmann erkundigt sich nach der Nutzung der Fugenstücke.

Herr Lehmann antwortet, dass die Fugenstücke mit einer Breite von 0,60 bis 5,30 m, die nicht eigenständig nutzbar sind, den jeweiligen Nachbargrundstücken zugeordnet werden.

Herr Prof. Voegen unterstreicht erneut, dass öffentliche nicht definierte Räume in der Stadtmitte von hoher kulturpolitischer Bedeutung sind. Solche Räume gibt es in jeder großen europäischen Stadt, zum Beispiel in Amsterdam. Eine kulturelle Vielfalt wird durch private Nutzer nicht erfolgen. Ein aktuelles Beispiel eines solchen öffentlichen Raumes in Potsdam ist das Flüchtlingscafé in der FHP.

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein:

***Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Vorfeld der Beschlussfassung zu dieser Vorlage eine Einwohnerversammlung zur öffentlichen Vorstellung und Diskussion der Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes durchzuführen.***

Herr Heuer ergänzt zu seinen vorigen Ausführungen, dass es im Zentrum ca. 40

Standorte mit kulturellem und wissenschaftlichem Bezug gibt, die nicht ausgelastet sind. Diese können zum Teil Aufgaben nicht definierter Räume wahrnehmen. Auch der Wohnungsbau belebt die Potsdamer Mitte, da es sich zum Teil auch um Sozialbauten handelt.

Herr Kimmig bittet darum, die Präsentation dem Protokoll beizufügen.

Frau Dr. Magdowski bittet Herrn Prof. Voegen darum, seine Ausführungen zum Thema „Möglichkeitsräume“ und das Beispiel dieser Umsetzung in Amsterdam konkreter zu erläutern.

Frau Dr. Schröter stellt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung:

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**

Frau Dr. Schröter stellt die so ergänzte Vorlage zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In Konkretisierung des "Integrierten Leitbautenkonzeptes" (DS 10/SVV/0412) soll die weitere städtebauliche Entwicklung der Blöcke III und IV in der Potsdamer Mitte entsprechend der in **Anlage 1** dargestellten Blockkonzepte sowie unter Zugrundelegung der Ziele und Leitlinien gemäß **Anlage 2** erfolgen.
2. Die für die Ausschreibung/Vergabe der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke der Blöcke III und IV in der Potsdamer Mitte sind die Allgemeinen Verfahrensgrundsätze gemäß **Anlage 3** anzuwenden.
3. Bestandteil der Ausschreibung der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke in den Blöcken III und IV sind die konkretisierten Vorgaben zu Gestaltung und Nutzung in den Grundstückspässen gemäß **Anlage 4**.
4. Zur planungsrechtlichen Sicherung der Umsetzung des konkretisierten Leitbautenkonzeptes sind nach § 2 Abs. 1 BauGB für das Quartier III der Bebauungsplan SAN-P 18 „Friedrich-Ebert-Straße/Steubenplatz“ gemäß **Anlage 5** und für das Quartier IV der Bebauungsplan SAN-P 19 „Friedrich-Ebert-Straße/Am Kanal“ gemäß **Anlage 6** aufzustellen.

***Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Vorfeld der Beschlussfassung zu dieser Vorlage eine Einwohnerversammlung zur öffentlichen Vorstellung und Diskussion der Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes durchzuführen.***

**Abstimmungsergebnis:**  
Zustimmung:           **5**  
Ablehnung:               **2**  
Stimmenthaltung:       **0**

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung der Vorlage in der ergänzten Fassung zuzustimmen.

**zu 5.4 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 16/SVV/0275**

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation  
+ alle Fachausschüsse und Ortsbeiräte

Frau Armbruster erörtert den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Jetschmanegg führt aus, dass der Kulturausschuss der dritte Ausschuss ist, in dem er das Leitbild vorstellt. Er schlägt vor, gewünschte Änderungen zum Leitbild auf der Abstraktionsebene des Leitbildes vorzunehmen. Einige Änderungsanträge beziehen sich derzeit auf die Ebene operativer Ziele bzw. Maßnahmen.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, dass alle Änderungsvorschläge eingereicht werden sollten, wenn die Ausschüsse und der Hauptausschuss durchlaufen sind. Erst dann sollten die Vorschläge für die StVV eingereicht werden.

Herr Jetschmanegg schlägt vor, die Vorschläge redaktionell in der Steuerungsgruppe zu bearbeiten.

Der Ausschuss stimmt dem vorgeschlagenen Prozedere zu; die Vorlage wird zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam

**zu 5.5 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 16/SVV/0296**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
+ alle Fachausschüsse und Ortsbeiräte

Zurückgestellt bis September 2016 .

## zu 6 **Mitteilung der Verwaltung**

### zu 6.1 **Sachstand: Verwendung der Gelder aus der Auflösung der Arbeiterstiftung Kurt Burde II**

Frau Dr. Magdowski informiert über den aktuellen Bearbeitungsstand. Das Ministerium des Innern und für Kommunales stellte zu vereinzelt Projekten Nachfragen, diese werden momentan bearbeitet.

Die Restsumme in der Höhe von 2.213,90 € soll ein Kulturprojekt der Hanna von Pestalozza Schule finanzieren.

## zu 7 **Sonstiges**

Frau Peetz-Mühlstein berichtet dem Ausschuss über die positive Entwicklung der Kunstwerkstatt OST.

Frau Walter erkundigt sich, ob es in Bezug auf die Ereignisse zum Thema Chorförderung eine offizielle Stellungnahme der Stadt gab.

Frau Dr. Magdowski antwortet, dass eine offizielle Stellungnahme in der PNN abgedruckt wurde. Diese wird dem Protokoll beigelegt. Als Fazit werden die Vorwürfe zurückgewiesen.

Frau Armbruster bringt zum Ausdruck, dass sie über die Ereignisse verwirrt ist, da es sich um ein durch den Ausschuss eingesetztes Gremium handelt. Die Jury verdient für Ihre Arbeit Anerkennung und Schutz und aus ihrer Sicht ist eine Entschuldigung nötig.

Herr Kolesnyk fragt, inwieweit ein Wechsel von Personen in der Jury erstrebenswert und geplant ist.

Frau Dr. Magdowski erwidert, dass derzeit Herr Büstrin und Frau Palent Mitglieder der Jury sind und ein drittes Mitglied gesucht wird. Der GB 2 selbst wollte eine Person im Kulturstadamt verankern, die mit dieser Aufgabe betraut ist. Das war jedoch nicht möglich. Eine Berufung der Jury auf Zeit ist angedacht.

Herr Heuer bittet darum, dass die Verwaltung vorsorglich den aktuellen Sachstand zum Thema Bandprobenräume für die nächste Ausschusssitzung vorbereitet.

Herr Reich erfragt den aktuellen Bearbeitungsstand zu den Vorgängen Datenerhebung der freien Träger, Festivalförderung, kulturelle Leitlinien und Investitionsmittel der Stadt.

Frau Dr. Seemann antwortet, dass die Datenerhebung der freien Träger nicht ohne zusätzliche personelle Ressourcen möglich ist.

Frau Peetz-Mühlstein führt aus, dass dem FB 24 voraussichtlich Ende Mai der erste Konzeptentwurf der Hochschule Macromedia vorliegt.

Frau Dr. Seemann weist darauf hin, dass die kulturpolitischen Konzepte nicht von der Haushaltsdiskussion lösbar sind. Bevor die Konzepte der BK vorgelegt werden können, muss der Haushalt entsprechend abgesichert sein.

Frau Dr. Schröter ergänzt in Bezug auf die Anfrage zu den Investitionsmitteln, dass auch hierbei erst sinnvoll weiterdiskutiert werden kann, wenn feststeht, welche Mittel der Haushalt hergibt.